

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 219

Nr. 276 a

Halle - Saale

Mittwoch, 24. Nov. 1926

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten zu 24 mm Breite 10 Pfennig... Die 5 Spalten zu 24 mm Breite 10 Pfennig...

Bezugspreis: monatlich 2 Mk., bei 2maliger Zahlung 2,50 Mk....

Die außenpolitische Reichstagsdebatte

Erklärung der Regierungsparteien - Stresemann über die deutsche Außenpolitik - Die deutsche Abrüstung war ein Werk der Demütigung - Geßler und die Wehrverbände

Berlin, 23. November. Am Regierungstisch sitzen Reichsminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Curtius, Präsident Weßer... Am Reichstisch sitzt Abg. Geßler (M. D. P.) eine gemischte Delegation.

Erklärung der Regierungsparteien Die letzte die Zustimmung zur bisherigen Außenpolitik der Regierung, insbesondere zu den Verhandlungen von Genf und Thoiry nun ausdruck. Dr. Stresemann: Die Verhandlungen in den Vorkriegsjahren haben sich nach Lieberung manigfaltiger Schwierigkeiten unter den Bedingungen vollzogen, die den wesentlichen Forderungen Deutschlands entsprachen...

läufig sind. (Zustimmung rechts.) Der Redner stellt fest, daß eine Vermeidung der Belastung bisher fast überhaupt nicht zu vermeiden ist. Seine erste nicht unbedeutende Zahl von fast 6000 Soldaten schied sich nach auf deutschem Boden. (Lärm, Rufe rechts) erste sei eine Skandalnummer, wenn man glaube, auf dem Wege der Reconnoissance und der Vorkriegsübernahme Konflikte in Zukunft verhindern zu können ohne die Grundzüge der Pariser Verträge abzuändern. Die europäischen Länder einander näher zu bringen, ist gewiss ein schönes Ideal. Zwei Fragen stehen aber für uns hier im Vordergrund: unter Verhältnis zu Polen und zu Frankreich. Der Redner dankt den Männern und Frauen für ihre nationale Mißbilligung. Die Angelegenheit des Südwestbundes (Checoslowakei, daß Deutschland der größte Gläubiger des polnischen Staates sei, wobei man sich auf die Summe von 2 1/2 Milliarden nicht verlassen dürfe. Eine Garantie der künftigen öffentlichen Grenzen niemand in Frage kommen. (Zustimmung rechts) Der Redner zitiert Ausprüche von Grafen von der Schulenburg, wonach niemand ernstlich an eine blutige Auseinandersetzung denke und auch die Deutschenationalen für eine Verständigung seien, die aber geschäftig und zeitlos und

seligen. Die einzelnen Punkte, die zurzeit verhandelt wird, können kein Verleihen der Zeitgenossen begründen. Von den beteiligten Regierungen müßte erwartet werden, daß sie nicht mehr zeigen, als dieser Lage die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. Der Minister dankt in diesem Zusammenhang den Männern der Reichstags, die die deutsche Entwaflungsaktion befürwortet haben. Es werde in deutschen Blättern nicht genügend betont, welche Anforderungen in Vorkriegszeiten hinsichtlich der Abrüstung und Disziplin an diese Männer gestellt werden mußten. Wenn gleichzeitig die allgemeine Abrüstung aller Völker erreicht werden würde, dann wäre die deutsche Abrüstung ein Werk des Friedens gewesen. Es war ihr ein Werk der Demütigung. (Beifalls Zustimmung.) Auch in der Frage der nationalen Verbände hat die deutsche Regierung alles getan, was zur tatsächlichen Ausführung des Versailler Vertrags erforderlich war. Die Reichsregierung hat sich die Mühe ihrerseits niemals durch irgendwelche Verbände leisten lassen. Sie wird darauf zu bestehen, wo die Verbände ihren Blättern überarbeiten. Gegenwärtig sind die Verbände ihren Blättern überarbeitet. Gegenwärtig sind die Verbände ihren Blättern überarbeitet. Gegenwärtig sind die Verbände ihren Blättern überarbeitet.

Beendigung der Militärkontrolle (Zustimmung.) Wir erwarten, daß der Außenminister bei den angestreblichen und noch folgenden Verhandlungen des Investitions-Vertrags des Vorkriegslandes annehmen wird, die über den Rahmen des Artikels 213 des Versailler Vertrags hinausgeht. Wir werden die Reichsregierung auf dem Wege in Genf und Thoiry weiter zielbewußt unterstützen. Wir erwarten tatsächliche Wahrung eines Reiches auf

unter vollkommener Gleichberechtigung Deutschlands erfolgen müßte. Den wünschigen Anlauf lehnt Dr. Redner ab, da er den Wunsch eines klar bestehenden internationalen Vertragsrechts bedauere. Es ergehen sich, so erklärt der Redner zusammenfassend, in der Praxis gewisse Verzögerungspunkte zwischen der Opposition und der Regierungspolitik. (Lärm, Rufe) Es wären zweifellos schon größere Erfolge zu verzeichnen, wenn die Regierung nicht den Forderungen der nationalen Opposition geblieben wäre. Es wie nun in der nationalen Opposition bleiben oder ob sich die Möglichkeit unserer verantwortungsvollen Mitarbeit ergibt, wir werden konstatieren, wie es unter nationalen Geistes und unter Verantwortungspflicht vorliegen. (Beifall rechts.)

Gegenüber anders lautenden Ausprägungen der Kritik und ausländischer Presse, welche der Minister darauf hin, daß es sich bei dem Investitionsvertrag des Vorkriegslandes nicht darum handele, die letzte Kontrolle auf ein anderes Organ zu übertragen. Die Frage des Vorkriegslandes haben einen ganz anderen Charakter. Zur Beilegung der Streitigkeiten, die in dieser Frage nachdrücklich aufgeführt sind, hat die Regierung zu Verhandlungen in Vorkriegszeiten beigetragen. Seit jenseits kann aber darüber bezeugen, daß die Abrüstung der Investitionsfrage nicht zu einer rechtlichen Voraussetzung für die Zurückziehung der internationalen Militärkontrollkommission führen darf. Der Minister betont dann die unabweisbare Notwendigkeit, auf der

Belehrung der besetzten Gebiete. Sollte ohne Verletzung Deutschlands die abschließende Regelung in der Thoiry behandelten Fragen sich infolge der großen unterschiedlichen Zusammenhänge verzögern, so treten wir die Reichsregierung auf, im Verhältnis an der Linie der bisherigen Außenpolitik die andere Möglichkeit der bestmöglichen Befriedigung der besetzten Gebiete auszufragen. (Beifalls Zustimmung.) Mit Genehmigung haben wir von dem Ergebnis der Gemeindefragen in Österreichischen Kenntnis genommen. Trotz größter materielle und finanzieller Schwächen ist eine unbedingte, schnelle Befriedigung möglich. Wir gehen der Erwartung aus, daß die polnische Regierung aus dieser letzten Willensäußerung der obersterhöchsten Deutschen die entsprechenden Folgerungen ziehen und ihnen die deutsche Vertragsmäßige Behandlung zuteil werden lassen wird. Die Deutschland seinen politischen Wunden durch trotz ihrer unbedingten geringeren Zahl andeuten läßt. Inwiefern Volksgesundheit aber nicht nur für die Bekämpfung von Zeitsystem, das auch der Weltstand von 1921 nicht hat erschüttern können. (Beifalls Zustimmung.)

Reichsaußenminister Stresemann, der sodann das Wort nimmt, drückt seine Freude darüber aus, daß der Vorkriegsminister seine und seiner Freunde Überzeugung von der Echtheit des Versailler Vertrags nicht nur in Worten, sondern in Taten ausgedrückt hat. Er wie nun in der nationalen Opposition bleiben oder ob sich die Möglichkeit unserer verantwortungsvollen Mitarbeit ergibt, wir werden konstatieren, wie es unter nationalen Geistes und unter Verantwortungspflicht vorliegen. (Beifall rechts.)

Belehrung der allgemeinen Bevölkerung zu bestehen. Wir müssen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es ein unabweisbarer Zustand ist, den allgemeinen Klüftungsbund der Welt aufrechtzuerhalten, oder eingetragene Staaten das Maß ihrer Leistungen vorzuführen. (Zustimmung.) Nachdem die folgende Nennung der besetzten Gebiete ein altes Problem geworden ist, muß dafür auch eine Lösung gefunden werden. Der deutsch-französische Ausschuß, die Regierung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern ist der Hauptmann der Konsolidierung Europas. Die gemeinsamen Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Sprache der Besetzung deutschen Gebieten beseitigt ist. (Beifalls Zustimmung.)

Reizung eine Forderung. Auch die britische Reichsregierung habe noch nicht darüber entschieden, ob sie das Wort von Locarno billigen werde. Der Redner wendet sich dagegen, daß der deutsche Vorkriegsminister die Forderung des Versailler Vertrags als die deutsche Forderung aufzuheben lassen. Das hätte nicht geschehen dürfen. Denn grundsätzlich befehlige das Versailler Vertragsabkommen die deutsche Wehranlage. Wir halten weiter daran fest, daß die Kisten des Versailler Vertrags von der deutschen Bevölkerung nicht aufgegeben werden können. Wenn es nicht gelingt, unser Export wieder zu steigern, so ist der Zusammenbruch Deutschlands unerfährbar. Wir sind bereit, für eine wirtschaftliche Verständigung in internationalen Kreisen. Wirtschaftliche Verständigung ist aber nicht möglich ohne gleichzeitige politische Verständigung. Der Redner stellt darauf hin, daß von demokratischer Seite und auch auf der Regierungsebene Sozialistenforderungen ganz deutlich die

Das die Militärkontrollkommissionen so bald wie möglich verschwinden müßten, darüber habe ich eine Zweifel gefaßt. Auch die Einwände, die jetzt gegenüber der Formulierung über den Artikel 18 des Vorkriegsvertrags gemacht werden, beweisen, daß diese Abmachungen durchaus nicht so inhaltslos gewesen sind, wie sie damals von der Opposition hingestellt wurden. In bezug auf das Verhalten des deutschen Vorkriegsministers in Washington hätte Dr. Stresemann zunächst diese Frage formell dahin, daß der Vorkriegsminister in Washington, bevor er zu dieser Angelegenheit Stellung nahm, nicht eine Meinung der Auswärtigen Anstalt eingeholt, sondern nach freiem Ermessen gehandelt hat. Und ich danke ihm dafür. (Geheißer.) Darauf, ich danke ihm. Es kam nur derjenige, der am Weg selbst ist, beurteilen, was er im gegebenen Moment zu tun hat. Bei der Versailler Verständigung hat der deutsche Vorkriegsminister die Frage mit Recht nicht gestellt, denn in diesem Falle trug die Forderung den Charakter einer Siegesfeier. In dem anderen Falle aber trug sie den Charakter der Umwandlung einer Siegesfeier in eine Trauerfeier für die Gefallenen der ganzen Welt. Ich glaube nicht, daß die Reichsregierung bereit ist, aus dem Vorkriegsminister, der die volle Verantwortung übernommen hat, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen.

Reizung der allgemeinen Bevölkerung zu bestehen. Wir müssen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es ein unabweisbarer Zustand ist, den allgemeinen Klüftungsbund der Welt aufrechtzuerhalten, oder eingetragene Staaten das Maß ihrer Leistungen vorzuführen. (Zustimmung.) Nachdem die folgende Nennung der besetzten Gebiete ein altes Problem geworden ist, muß dafür auch eine Lösung gefunden werden. Der deutsch-französische Ausschuß, die Regierung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern ist der Hauptmann der Konsolidierung Europas. Die gemeinsamen Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Sprache der Besetzung deutschen Gebieten beseitigt ist. (Beifalls Zustimmung.)

Entscheidung für Deutschland. Am Abend gekommen ist. Die Entscheidung ist auf allen Seiten gleich. Die Freizügigkeit des Rheinlandes muß selbstverständlich so schnell wie möglich erfolgen, aber zu Vereinfachungen haben wir keinen Anlaß.

Der Minister äußerte sich dann zur Militärkontrollfrage. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der internationalen Kontrollkommission jetzt gegeben sind. Die deutsche Entwaflungsaktion ist tatsächlich abgeschlossen. In demgemäßen Verhältnissen sei es gelungen, die freitragenden Fragen bis auf einen kleinen Rest zu erledigen.

Reizung der allgemeinen Bevölkerung zu bestehen. Wir müssen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es ein unabweisbarer Zustand ist, den allgemeinen Klüftungsbund der Welt aufrechtzuerhalten, oder eingetragene Staaten das Maß ihrer Leistungen vorzuführen. (Zustimmung.) Nachdem die folgende Nennung der besetzten Gebiete ein altes Problem geworden ist, muß dafür auch eine Lösung gefunden werden. Der deutsch-französische Ausschuß, die Regierung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern ist der Hauptmann der Konsolidierung Europas. Die gemeinsamen Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Sprache der Besetzung deutschen Gebieten beseitigt ist. (Beifalls Zustimmung.)

Ag. Stöcker (M. D. P.) kritisiert in seinen Ausführungen die Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Herr Stresemann habe ohne Ermächtigung aus Witten des Spionagefonds eine Zeitung unterstützt, damit sie seine faule Politik befördere. Locarno habe keine Belohnung verdient. Die Deutschen werden nur von einem Reich, die Polen von Wiffhaff, Arm in Arm mit Locarno. Dr. von Genf und Thoiry besiegte Stresemann. Sie jetzt als blamierter Mitleidstäter der bürgerlichen Klassenberuf. Die Arbeiter müßten fragen unter dem Zeichen der roten Fahne.

Die deutsch-nationale Reaktion hat immer gefordert, daß vor der Entscheidung in Vorkriegsfragen erst die vollständige Beendigung der Militärkontrollen erfolgen müßte. Diese jetzt sich, wie auch die Forderungen der nationalen Opposition vor. Eine erholungsbedürftigen Arbeit im Vorkriegs ist nicht möglich, solange Militärkontrollkommissionen in Deutschland

